

Kampagne für die UNO-Reform

Gegen Vergessen: der Staatenverband der Haager Konferenzen, 1899-1914

»... DEM FRIEDEN DER WELT ZU DIENEN« (DEUTSCHES GRUNDGESETZ)

Herrn
Hermann Gröhe, Generalsekretär
und Bundesvorstand
Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Hidaka, den 24. August 2010

Betr.: Ihr Schreiben v. 7. Juli 2010

Sehr geehrter Herr Gröhe, sehr geehrte Damen und Herren,

"When we talk about policing the world, this is meant to be a transition from armies to police, from seeing the world as a set of warring national entities to seeing it as one civic unity." (Margaret Mead 1942)

vielen Dank für Ihren Brief vom 7. Juli! Leider befriedigt uns Ihre Antwort in keiner Weise.

Das Grundgesetz bietet doch eine Handhabe und enthält die Verpflichtung, die Vereinten Nationen „handlungsfähiger und durchsetzungsstärker“ zu machen, wie es im Grundsatzprogramm Ihrer Partei heißt. Es ist nicht einsichtig, warum das Grundsatzprogramm es versäumt, die im Grundgesetz ausdrücklich und aus gutem Grund genannte Erfordernis der Souveränitätsbeschränkung oder –übertragung als Voraussetzung für ein funktionierendes System kollektiver Sicherheit zu nennen; es nennt auch die kollektive Sicherheit selbst nicht, die als Staatsziel im Grundgesetz ausdrücklich angeführt ist.

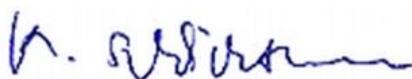
Das Argument, das eine „Staatenwelt, die vollständig auf Armeen verzichtet und in der alle Massenvernichtungswaffen glaubwürdig und nachhaltig gebannt sind ... leider ein Traum“ sei, ist zu abgegriffen, um glaubwürdig zu sein. Mit solchen Argumenten hat Deutschland schon auf den Haager Friedenskonferenzen die von der großen Mehrheit der Staaten geforderte Abrüstung und verbindliche internationale Rechtsprechung zum Scheitern gebracht und den Krieg gerechtfertigt.

Die Institution de Krieges ist schon lange nicht mehr ‚sustainable‘, wie insbesondere das Beispiel der USA zeigt. Der Verlust an Kapital – und letztendlich auch an Lebensqualität und Sicherheit – durch Rüstungsausgaben, -forschung usw. lässt sich auch durch Waffenexporte nicht ausgleichen. In der Tat gerät man in einen Teufelskreis, dessen letzte Konsequenz der Krieg ist.

Die Bundesrepublik kann sich profilieren und vergangene Schuld wieder gut machen – ich denke bei Letzterem besonders an die Haager Friedenskonferenzen und den Ersten Weltkrieg –, indem sie Schritte unternimmt, die aus dem Teufelskreis herausführen. Eine Aufarbeitung der Geschichte und ein Bekenntnis zum „Werk vom Haag“ (Walther Schücking) und ein Eingeständnis der damaligen verfehlten Politik, die schließlich zum ersten ‚totalen Krieg‘ führte, wäre als Einleitung für den im Grundgesetz vorgesehenen Schritt zur Begründung eines wirksamen Systems kollektiver Sicherheit angebracht. Ein Versäumnis, im Sinne des Grundgesetzes und der Übergangsbestimmungen in der UNO-Charta tätig zu werden würde allerdings nach unserer Auffassung den Tatbestand der kriminellen Inkaufnahme (*dolus indirectus*) erfüllen. Der Gesetzgeber muss tätig werden und den Weg zu Abrüstung und Frieden bahnen.

Ein Schreiben ähnlichen Inhalts ist an den Fraktionsvorsitzenden, Herrn Volker Kauder gegangen.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Klaus Schlichtmann, Friedenshistoriker

Anlagen: Hinweis auf ein soeben erschienenenes Buch über *Jan Bloch*; Veröffentlichungshinweise